



Unsere Europäische Union: ENGAGEMENT FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND GEEINTES EUROPA

„In dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen, (...).“

Präambel des Vertrags von Rom zur Gründung der EWG, 1957

1. Wir müssen den Kurs der EU ändern, damit sie ihre Versprechen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern einhalten kann. Die nächsten Wahlen im Jahr 2019 sind ein entscheidender Schritt im noch unentschiedenen Kampf um die Zukunft Europas. Die Grünen wollen dabei eine Rolle spielen: Nur wer entschlossen ist, eine wirklich demokratische, ökologische und soziale EU zu gestalten, kann sie zum Besseren wenden.
2. In den letzten zwei Jahren hat der sogenannte Euroskeptizismus in einigen Mitgliedstaaten seinen Höhepunkt erreicht. Die Art und Weise, wie die Regierungen und Institutionen der EU die Wirtschafts- und Finanzkrise im letzten Jahrzehnt bewältigt haben, der Brexit, die wachsenden Herausforderungen für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Polen und Ungarn, der systematische Missbrauch politischer Macht für private Wirtschaftsgewinne in Rumänien, der Slowakei und Malta, das Scheitern der Verteilung von Flüchtlingen, die Rolle in den blutigen und hartnäckigen Konflikten an unseren Grenzen sowie die offensichtliche Unzulänglichkeit der EU-Politik und ihrer Funktionsweise haben wesentlich zur Entfremdung vieler Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Das Fehlen einer unmittelbaren Existenzgefährdung bedeutet nicht, dass die EU derzeit in der Lage ist, auf die Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Die Mitgliedstaaten sind in Bezug auf Politik und Ziele sehr gespalten; gegenseitige Vetos und eine zunehmende Abnahme der Autorität der gemeinsamen Institutionen und Regeln beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit der EU als Raum der Rechtsstaatlichkeit, der Solidarität, des wirtschaftlichen Wandels und der Investitionen. Und den anderen traditionell pro-europäischen Parteien fehlt der Mut, für den europäischen Fortschritt zu mobilisieren, Konvergenzen zu schaffen und sich dafür einzusetzen.
3. Für die Europäischen Grünen ist Europa mehr als ein freier Markt oder ein institutionelles Gebilde; unsere europäische Demokratie basiert auf den Werten unserer gemeinsamen europäischen Geschichte und einem kulturellen Erbe, das auf Vielfalt beruht. Sie stellt den Raum dar, in dem unser Ziel, die Welt zu verändern und sie ökologisch, sozial gerecht und nachhaltig zu gestalten, in zufriedenstellendem Maße erreicht werden kann. Demokratie, Solidarität, Offenheit, Freiheit, Toleranz, Gleichheit in Vielfalt und Achtung der Rechtsstaatlichkeit können nicht innerhalb nationaler Grenzen bleiben, ebenso wenig wie Lösungen für globale Herausforderungen wie Klimawandel und Migration. Und Massenarbeitslosigkeit, Prekarität, zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Ungleichheit brauchen einen gemeinsamen Rahmen und explizite Solidaritätsinstrumente, die sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die grausamen



Konflikte und Kriege in den Gebieten an unseren unmittelbaren Grenzen erfordern eine einheitliche, wirksame EU-Außen- und Kooperationspolitik – die Armut lindert und den Frieden fördert – sowie die enge Zusammenarbeit von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus. Wir sind uns bewusst, dass wir, um diese Ziele zu erreichen, die politische Ausrichtung und die Funktionsweise der EU ändern sowie die Bereitschaft und einen Konsens für einen solchen Wandel schaffen müssen. Zu diesem Zweck wollen wir uns mit den folgenden Prioritäten befassen:

DER SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE, DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS, DIE ACHTUNG DER VIELFALT UND DER RECHTSSTAATLICHKEIT MÜSSEN IM MITTELPUNKT DES EUROPÄISCHEN PROJEKTS STEHEN.

4. **Zu den grundlegenden Kriterien für den Beitritt zur EU gehören die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der politischen Rechte, die Pressefreiheit, eine ordnungsgemäße Verwaltung und eine funktionierende Gewaltenteilung sowie die Bekämpfung der Korruption.** Dies war eine der wichtigsten Errungenschaften der EU und ein entscheidender Vorteil für ihre Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene. In den letzten Jahren sind jedoch diese Aspekte, die wir für die europäische Identität als grundlegend erachten, unter Druck geraten; schlimmer noch, die Bereitschaft und Fähigkeit der EU-Mitgliedstaaten, sie innerhalb und außerhalb der EU zu verteidigen, scheint erheblich nachgelassen zu haben.
5. Wir sind der Auffassung, dass die EU, wenn sie die Unterstützung und Legitimität unter ihren Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten will, **wirksamere Instrumente benötigt, um unsere Grundprinzipien und die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU zu sichern**; eine EU-interne Menschenrechtsstrategie sollte dazu beitragen, Probleme in diesem Bereich strukturierter und rationaler zu identifizieren, Maßnahmen zu entwickeln und eine angemessene Nachverfolgung zu organisieren. Zu diesem Zweck sind die Europäischen Grünen der Ansicht, dass die EU **ihren geplanten Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beschleunigen** und sich den Versuchen der nationalen Regierungen widersetzen muss, diesen Gerichtshof zu untergraben. Ferner müssen wir über ein Verfahren hinausgehen, das lediglich ein sehr schwerfälliges und praktisch nicht anwendbares Verfahren zur Aussetzung der Abstimmung vorsieht (Artikel 7): Wir brauchen einen verbindlichen und umfassenden Mechanismus zur regelmäßigen Überwachung des Stands der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in allen EU-Mitgliedstaaten sowie ein System des politischen Dialogs und der raschen Intervention im Falle einer Verletzung von Artikel 2, Unterstützungsmaßnahmen der Zivilgesellschaft und gegebenenfalls angemessene Sanktionen.
6. Darüber hinaus brauchen wir ein europäisches Werteinstrument als positiven Anreiz zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die die Grundwerte innerhalb der EU sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene fördern. Es muss möglich sein, diejenigen Mitgliedstaaten zu sanktionieren, die Gefahr laufen, die in Artikel 2 der EU-Verträge genannten Werte ernsthaft zu verletzen. Solche Sanktionen könnten die Kontrolle der EU-Mittel betreffen; die Möglichkeit, direkt an die Endbegünstigten zu zahlen, sollte in Betracht gezogen werden.



7. **Der Anwendungsbereich der Charta der Grundrechte ist zu eng, und ihre Fähigkeit, einzelne Bürger und Einwohner wirksam zu verteidigen, ist sehr begrenzt.** Die Europäischen Grünen sind der Ansicht, dass die Europäische Charta der Grundrechte in allen Bereichen und in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sein muss; der Zugang zum Gerichtshof für juristische und natürliche Personen, die unmittelbar von einer Verletzung eines EU-Mitgliedstaates oder einer EU-Institution betroffen sind, muss gewährleistet sein.
8. **Das Recht, in Frieden und unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben, gilt nicht nur für die europäischen Bürgerinnen und Bürger;** in den letzten Jahren hat die nationale Migrations- und Asylpolitik häufig gegen internationale Verpflichtungen verstoßen, konnte den Tod Tausender von Migranten auf See nicht verhindern oder ihre unannehmbaren Bedingungen außerhalb der EU und häufig auch innerhalb der EU nicht verbessern. Darüber hinaus hat die unbefriedigende Umsetzung der EU-Beschlüsse über die Verteilung von Flüchtlingen bittere Ressentiments und weitere Spaltungen zwischen den EU-Ländern hervorgerufen. Das enorme Missverhältnis zwischen den Mitteln und den Anstrengungen, die für den Schutz von Migranten und Flüchtlingen außerhalb unserer Grenzen aufgewendet werden, im Gegensatz zu denjenigen, die für eine positive Integrations- und Armutsbekämpfungspolitik eingesetzt werden, hat dazu geführt, dass die Sicherheit und das Wohlergehen sowohl der Migranten als auch der weniger begünstigten EU-Bürgerinnen und -Bürger innerhalb der EU nicht gewährleistet sind. Unsere Forderungen nach mehr Rechtsschutz für Flüchtlinge und Migranten zielen auch darauf ab, bessere rechtliche und polizeiliche Maßnahmen gegen ihre Ausbeutung zu ermöglichen.
9. **Die derzeitigen EU-Verträge und -Rechtsvorschriften müssen in Angriff genommen werden, um die Schaffung eines echten Systems der legalen Zuwanderung zu ermöglichen, da der derzeitige Rahmen nicht** genügend Raum und Kompetenz für einen gemeinsamen, ausgewogenen Ansatz in dieser zunehmend kontroversen Frage bietet. Eine harmonisierte EU-Asylpolitik sollte Flüchtlingen und Asylbewerbern innerhalb der Europäischen Union Zugang zu einem wirksamen Schutz gewähren und sowohl einen dauerhaften, verbindlichen und fairen Mechanismus der Verteilung innerhalb der EU durch die Reform der bestehenden Dublin-Verordnung als auch Wiederansiedlungs- und humanitäre Visumsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Drittländern, die aus ihren Herkunftsländern fliehen, umfassen. Eine gemeinsame EU-Migrationspolitik sollte Migranten realistische und flexible Möglichkeiten zur Familienzusammenführung und zum Zugang zum Arbeitsmarkt bieten, auch im niedrigen und mittleren Lohnsektor.
10. **Das EU-Migrationssystem muss in Synergie mit seiner Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit stehen, aber nicht von deren Bedingungen abhängig sein. Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit sollte in erster Linie auf die Beseitigung der Armut abzielen, während die Migrations- und Asylpolitik angemessene und harmonisierte Verfahren sowohl für Flüchtlinge als auch für Migranten vorsehen sollte.** Das Europäische Parlament muss in der Lage sein, die Durchführung von Grenzkontrollen, sowohl formelle als auch informelle Abkommen mit Drittländern (einschließlich der Zusammenarbeit bei Rücknahme und Rückkehr) sowie die Asyl- und Migrationspolitik demokratisch zu kontrollieren; der Schutz der nationalen Sicherheit darf nicht als Vorwand dienen, um europäische Maßnahmen zu stoppen.



11. Einige Mitgliedstaaten, die dem Schengener Abkommen beigetreten sind, haben vorübergehende Grenzkontrollen eingeführt, die Gefahr laufen, dauerhaft zu werden. Wir schlagen vor, dass diese Pläne klare und begrenzte Fristen für die Umsetzung enthalten sollten.

EINE FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE AUF EU-EBENE IST FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON ZENTRALER BEDEUTUNG

12. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich sicher sein können, dass sie Entscheidungen auf EU-Ebene mitbestimmen können. Der institutionelle Rahmen der EU muss sich weiter zu einer supranationalen Demokratie entwickeln, in der öffentliche Entscheidungen auf transparente Weise von gewählten und politisch verantwortungsvollen Vertretern getroffen werden, die nicht durch Interessenkonflikte oder missbräuchliche Lobbyarbeit behindert werden: eine EU, die in der Lage ist, Ergebnisse zu liefern, und für ihre Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist.
13. **Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unerlässlich, die derzeitige Tendenz zur Renationalisierung der EU-Kompetenzen, die das EP an den Rand drängt, umzukehren und sicherzustellen, dass wichtige Reformen für mehr Solidarität und Integration nicht von einer Minderheit im Rat blockiert werden.** Es müssen Bedingungen geschaffen werden, um das Prinzip der Einstimmigkeit zu überwinden, indem systematisch auf das normale Gesetzgebungsverfahren und ein vereinfachtes Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit zurückgegriffen wird. Das EP muss die Befugnis haben, Rechtsvorschriften zu erlassen und seine Mitentscheidungs- und Kontrollrechte in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Migration, Umwelt, Steuern, Haushalt, Außenpolitik und Sicherheit, uneingeschränkt wahrzunehmen.
14. **Außerdem müssen die von den Vertretern der Mitgliedstaaten im Rat vertretenen Standpunkte veröffentlicht werden,** damit die Bürgerinnen und Bürger, die Medien und die Zivilgesellschaft wissen, welche Position ihre Regierung in ihrem Namen auf EU-Ebene einnimmt, und damit die nationalen Parlamente ihre Kontrolle über die EU-Entscheidungen verbessern können.
15. **Die Europäischen Grünen begrüßen die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Europäische Bürgerinitiative (EBI):** Ihr Versprechen einer formalisierten und direkten Beteiligung am Entscheidungsprozess hat sich jedoch aufgrund bürokratischer Hürden, hoher Verwaltungslasten und einer unbefriedigenden politischen Reaktion der Europäischen Kommission nie zufriedenstellend erfüllt. Die Europäischen Grünen wollen bei der bevorstehenden Überarbeitung der EBI-Verordnung eine aktive Rolle spielen, **um sicherzustellen, dass die Verfahren vereinfacht werden, die Bürgerinnen und Bürger eine Reform der Verträge vorschlagen können und diejenigen EBI, die eine Million Unterschriften sammeln, auch wirklich politisch berücksichtigt werden.**

DIE ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DER GESELLSCHAFT UND DER WIRTSCHAFT, MIT NACHHALTIGKEIT UND GERECHTEM ÜBERGANG IM KERN, ERFORDERT EINE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS-, SOZIAL- UND STEUERUNION SOWIE ANGEMESSENE UND NACHHALTIGE FINANZMITTEL.



16. Die EU muss ihr Handeln und ihre Ressourcen auf Nachhaltigkeit, ökologische Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige öffentliche Finanzen neu ausrichten. Auch der Green New Deal und eine CO₂-Bewertung der EU-Haushalte sollten Teil des neuen Paradigmas sein. Die EU muss in die Lage versetzt werden, Entscheidungen in diese Richtung zu treffen, indem sie sich von den ergebnislosen Gipfeltreffen und dem leeren Konsens über unwirksame Maßnahmen entfernt.
17. **Die Europäischen Grünen streben eine neue europäische Investitionsstrategie und eine grüne Industriepolitik an**, die die Ressourcen- und Energieeffizienz, die Digitalisierung der Industrie und neue industrielle Produktionstechnologien fördern, während gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit gesichert wird. Die EU sollte die erforderlichen Instrumente und Ressourcen erhalten, um endlich ihrer Verantwortung zur Bewältigung der globalen Klimakrise und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen gerecht zu werden und sich auf die Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung zu konzentrieren, die allen zugutekäme und einen gerechten Übergang gewährleisten würde. Wir wollen eine gemeinsame Agrarpolitik, die auf ökologischen Kriterien und strengen ökologischen und sozialen Standards für Produkte und Ressourcen basiert, die auf den europäischen Markt gebracht werden.
18. **Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen für die EU und die Welt.** Heute steht die EU nicht im Einklang mit der vollständigen Umsetzung des Pariser Abkommens und ihrer verbindlichen EU-Klimaziele und -maßnahmen. Wir müssen Instrumente, Richtlinien und Ressourcen organisieren und verbessern, um eine echte Energieunion zu schaffen. Die Europäischen Grünen unterstützen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energiepolitik auf der Grundlage der Entwicklung erneuerbarer Energien und der Sicherstellung von Energieeffizienz, die als vorrangiges Ziel sowohl für die Union als auch für die Mitgliedstaaten in die Verträge aufgenommen werden muss. Die Europäischen Grünen unterstützen auch die Reform der Gasrichtlinie.
19. **Es ist ein wesentlich ehrgeizigerer EU-Haushalt erforderlich, der zunehmend aus Eigenmitteln finanziert wird und vom Europäischen Parlament mitentschieden wird**, was eine teilweise Entlastung auf Ebene der Beiträge der Mitgliedstaaten ermöglicht und die Haushaltskapazitäten der EU erheblich erhöht. Der Haushalt muss auch durch Projektanleihen ergänzt werden, um Projekte von allgemeinem Interesse, wie eine gesamteuropäische Infrastruktur für erneuerbare Energien, zu finanzieren und strukturelle „grüne“ Veränderungen zu unterstützen.
20. Der soziale Pfeiler sollte weiter ausgebaut werden. Um mehr soziale Gerechtigkeit sicherzustellen, wollen wir eine starke Koordinierung der nationalen Mindesteinkommensregelungen und Mindestlöhne sowie Maßnahmen der EU gegen Arbeitgeber, die Lohndumping betreiben. Auf diese Weise ist es möglich, die Vorteile der wirtschaftlichen Erholung an diejenigen weiterzuleiten, deren Arbeit dies ermöglicht hat. Dies gilt unbeschadet der nationalen Tarifverhandlungspraktiken.
21. Dazu bedarf es einer umfassenden europäischen Steuerstrategie. Es muss eine EU-weite konsolidierte Körperschafts- und Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Eine EU-Steuerstrategie zur Finanzierung einer nachhaltigen Politik würde das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU stärken, indem die Lebensbedingungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger verbessert und die Unternehmen dazu



gedrängt werden, zum Allgemeininteresse beizutragen, und indem Sozialdumping, Steuervermeidung und -hinterziehung sowie unlauterer Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verhindert wird. Zu den Instrumenten, die durch einen erhöhten Haushalt unterstützt werden, könnte auch ein gemeinsames Arbeitslosenrückversicherungssystem gehören, um die nationalen Systeme in einer Krise zu entlasten. Solche Instrumente sowie Eurobonds, die zukunftsorientierte und nachhaltige Investitionen unterstützen, müssen an soziale und ökonomische Kriterien geknüpft sein, um die derzeitigen Sparmaßnahmen zu überwinden. Auch in den Bereichen Kohlenstoffsteuer, Besteuerung der Nutzung natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung und Unternehmensbesteuerung sowie Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung müssen erhebliche Fortschritte erzielt werden. Der Übergang zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft würde durch eine Kohlenstoffsteuer erheblich erleichtert, um die notwendigen Änderungen in den Produktionsmodellen zu gewährleisten, „Carbon Leakages“ zu vermeiden und die Haushaltskapazität der EU zu erhöhen.

REFORM DER EUROZONE: FÜR EINE FUNKTIONIERENDE EUROPÄISCHE WÄHRUNGS- UND WIRTSCHAFTSUNION

22. Nach dem Brexit wird die Eurozone 85 % des BIP der EU-27 ausmachen und 340 Millionen Bürgerinnen und Bürger umfassen. Alle bis auf zwei der verbleibenden Mitgliedstaaten, die der einheitlichen Währung noch nicht beigetreten sind, werden demnächst der Eurozone beitreten. Unsere Vorschläge für die Zukunft der EWU gelten für die Eurozone+: Länder, die den Euro bereits eingeführt haben, und solche, die verpflichtet sind, den Euro in Zukunft einzuführen. Eine EWU „à la carte“ ist keine Option.
23. **Wichtige politische und institutionelle Veränderungen sind notwendig**, um eine Umverteilung des Reichtums zu ermöglichen und die Währungsunion für alle sinnvoll zu gestalten, um soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten effektiver zu bekämpfen, in den ökologischen Wandel, die Bildung und die öffentlichen Dienste zu investieren, zivilgesellschaftliche Organisationen zu finanzieren, dafür zu sorgen, dass digitale Unternehmen effektiv Steuern zahlen, eine Mindestkonvergenz der sozialen Standards zu gewährleisten und sicherzustellen, dass dies alles demokratisch geschieht.
24. **Die europäischen Grünen sind überzeugt, dass die Eurozone über eine Steuerkapazität verfügen muss, die auch Nicht-Eurozonen-Mitgliedstaaten offensteht;** ihre Mitglieder müssen auf Koordinierungs- und Solidaritätsmechanismen zurückgreifen können, um Krisen zu vermeiden und deren Auswirkungen zu mildern. Andererseits sind wir gegen die Schaffung neuer Institutionen „nur für Mitglieder der Eurozone“: Die Kommission, das Parlament und der Gerichtshof sind EU-Institutionen und können nicht unterteilt oder repliziert werden, obwohl wir die Einrichtung eines Sonderausschusses für die Eurozone innerhalb des EP unterstützen. Das Volumen dieses Budgets sollte ausreichen, um Stabilität gegen asymmetrische Schocks zu schaffen und Konvergenz durch Investitionen zu ermöglichen.
25. **Die Regeln der Wirtschaftspolitik müssen geändert werden, um die auf EU-Ebene und in Bezug auf internationale Verpflichtungen (Ziele für nachhaltige**



Entwicklung, Pariser Abkommen) vereinbarten sozialen und ökologischen Ziele verbindlicher zu machen. Das bedeutet, sie mit den Haushaltszielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gleichzustellen. Andererseits muss dieser Pakt durch einen „EWU-Nachhaltigkeits- und Wohlstandspakt“ ergänzt werden. Dieser Text sollte soziale, wirtschaftliche und ökologische Mehrjahresziele auf der Grundlage von Indikatoren definieren, die über das reine BIP für die EWU und ihre Mitgliedstaaten hinausgehen.

26. **Die auf europäischer Ebene festgelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik muss vom EP mitbestimmt werden** und die Ansichten der Sozialpartner berücksichtigen. Dazu müssen die zwischenstaatlichen Strukturen der Eurozone, wie der Europäische Stabilitätsmechanismus, grundlegend reformiert und dem Europäischen Parlament gegenüber voll rechenschaftspflichtig werden. Darüber hinaus muss die Eurogruppe zu einem ordentlichen Gremium des Ministerrates werden. Hierzu gehören die Annahme von ordnungsgemäßen Verfahrensregeln sowie die Veröffentlichung von abstimmungsbezogenen Protokollen, Ergebnissen und Erklärungen, und die entsprechenden Überlegungen sollten veröffentlicht werden.
27. Um der anhaltenden Bedrohung der EWU-Stabilität durch systemische Banken zu begegnen, **müssen die für die Realwirtschaft wichtigen Bankgeschäfte strikt von den Handelsaktivitäten getrennt werden.** Die Bankenunion muss durch ein funktionierendes EU-Einlagensicherungssystem ergänzt werden. Und es muss ein Fonds eingerichtet werden, der als gemeinsamer fiskalischer Rückhalt fungiert, um sicherzustellen, **dass es einen Puffer gibt, um einen ungeordneten Rückgriff auf das Geld der Steuerzahler zu vermeiden,** falls die Bankenunion Verluste nicht eindämmen kann. In Fällen, in denen den Banken weiter öffentliche Unterstützung gewährt werden müsste, sollte als letztes Mittel ein entsprechender Mechanismus das vorübergehende öffentliche Eigentum dieser Banken entsprechend der Höhe der in sie eingezahlten öffentlichen Mittel sicherstellen.
28. **Es ist wichtig, den neuen Mechanismen eine angemessene Finanzkraft zu verleihen.** Die EZB-Satzung muss überarbeitet werden, damit die EZB als Kreditgeber für die Mitgliedstaaten in letzter Instanz fungieren und eine vorübergehende Entlastung bei Krisen auf den Märkten für Staatsanleihen bieten kann, wodurch Zeit für eine angemessene Reaktion gewonnen wird.

DIE ROLLE DER EU IN EINER KONFLIKTBELADENEN WELT

29. **Eine engere und bessere Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist erforderlich, um gegebenenfalls eine gemeinsame Außenpolitik zu unterstützen, die auf die Wahrung des Friedens und die Stärkung der Menschenrechte ausgerichtet ist.** Wenn die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sowohl auf EU-Ebene als auch zwischen den Mitgliedstaaten zunimmt, ist es wichtig, dass die parlamentarische Kontrolle sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene verstärkt wird und ein gemeinsamer europäischer Standpunkt zur Rüstungskontrolle eingenommen wird, einschließlich Sanktionen für diejenigen Mitgliedstaaten, die die Regeln der gemeinsamen Ausfuhrregelung umgehen.



30. **Die Grünen wollen die zivile Krisenbewältigung, zivile Konfliktverhütungsinstrumente und Haushalte deutlich stärken**, um das Ungleichgewicht zwischen den geringen EU-Verpflichtungen in Bezug auf zivile Ansätze und den schnell wachsenden Verteidigungsinitiativen – wie der CBSD (Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung) und der Europäische Verteidigungsfonds – zu beheben. Die entsprechenden Mittelzuweisungen und Regulierungsstrukturen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) 2021-2027 sollten eine klare Botschaft aussenden, dass die EU als zivile Macht gestärkt wird. Für uns bedeutet dies ein verstärktes und rein ziviles Instrument für Stabilität und Frieden (IcSP) mit einem Budget für zivile Konfliktprävention.
31. Die Grünen wollen, dass die EU als globaler Akteur die Führung übernimmt und das Ziel verfolgt, Frieden zu schaffen und zu erhalten, die Menschenrechte zu schützen und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) voranzutreiben. Dazu gehört auch die besondere Verantwortung, unsere Nachbarregionen in Afrika und im Nahen Osten bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Verbesserung der Lebensgrundlagen und der Sicherheit sowie der Vermeidung von Wohlstandsunterschieden und Zwangsmigration zu unterstützen.

MEHRERE GESCHWINDIGKEITEN, EINE RICHTUNG: DER WEG ZU EINER IMMER ENGEREN UNION

32. In den letzten Monaten haben das Europäische Parlament, die Kommission, die nationalen Regierungen, Think-Tanks und zivilgesellschaftliche Organisationen mehrere Vorschläge vorgelegt, um das heikle und dringende Problem der „Reformierung“ der EU anzugehen. Sie alle wurden jedoch mit der Tatsache konfrontiert, dass jede relevante Reform, sei sie nun umfassend oder teilweise, in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen nationalen Regierungen und mittels eines Prozesses, der derzeit direkt gewählte Vertreter auf allen Ebenen marginalisiert und die Zivilgesellschaft ausschließt, im Konsens angenommen werden muss.
33. Ebenso ist die zunehmende Schwierigkeit, eine gemeinsame Basis und ein gemeinsames Interesse für ein gemeinsames Handeln der EU-Regierungen zu finden – selbst in Fragen, die in die direkte Zuständigkeit der EU fallen – einer der Hauptgründe dafür, dass in den meisten Bereichen, in denen die Bürgerinnen und Bürger von der EU ein Handeln erwarten, kaum oder gar keine Fortschritte erzielt werden: Steuergerechtigkeit und Steuerpolitik, Klima, Investitionen und Beschäftigung, Migration, Haushaltsfragen, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der EU, Sicherheit und Bekämpfung des Terrorismus. **Die Diskussionen über die Möglichkeit unterschiedlicher Integrationsgeschwindigkeiten innerhalb der EU ergeben sich unmittelbar aus der Notwendigkeit, diese Hindernisse zu überwinden.**
34. Die Europäischen Grünen sind davon überzeugt, dass es äußerst wichtig ist, die EU im gleichen institutionellen Rahmen zusammenzuhalten und das derzeitige Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit zu verbessern, während gleichzeitig die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt und die Rolle der Kommission und des Gerichtshofs gewahrt wird.



35. **Doch damit nicht genug:** Die Unfähigkeit, die seit langem versprochene Finanztransaktionssteuer umzusetzen, zeigt exemplarisch, wie notwendig es ist, die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Ziels und der Art der EU-Integration anzugehen. Eine solche Entscheidung sollte nicht auf der derzeitigen Mitgliedschaft in der Eurozone oder der Bereitschaft beruhen, sich strengen finanziellen und wirtschaftlichen Stabilitätskriterien zu unterwerfen, sondern auf der ausdrücklichen Bereitschaft, Souveränität und Ressourcen bei Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse durch gemeinsame Institutionen, gemeinschaftliche Entscheidungen und die Verpflichtung zu einer „immer engeren Union“ miteinander zu teilen.
36. Dieser Prozess wird nicht gelingen, wenn er allein den nationalen Regierungen überlassen wird. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die jüngsten Bemühungen, insbesondere von Präsident Macron, öffentliche Debatten und Konsultationen über die Herausforderungen der EU zu organisieren, obwohl wir bedauern, dass sie nicht darauf abzielen, die Bürgerinnen und Bürger konkret in die Gestaltung der Zukunft der EU einzubeziehen. Sie laufen Gefahr, reine „Quasselbuden“ zu bleiben, da in ihrem derzeitigen Mandat ausdrücklich ausgeschlossen ist, dass sie einen Teil des möglichen Reformprozesses bilden, der streng in den Händen der Regierungen bleiben soll.
37. **Stattdessen sind die Europäischen Grünen davon überzeugt, dass die Verbesserung der Integration** mit einer radikalen Veränderung der Prioritäten und Ressourcen einhergehen muss, die auf die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und eines angemessenen Sozialschutzes sowie auf die Teilung der Verantwortung gegenüber Migranten und Flüchtlingen abzielt. Ferner sind wir davon überzeugt, dass den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Vertretern eine größere Rolle sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene und bei der Überwindung nationaler Vetos bei der Gestaltung der Zukunft der EU zukommen muss.
38. Das Verfahren zur Änderung des Vertrages muss grundlegend geändert werden: keine Regierungskonferenzen mehr hinter verschlossenen Türen, deren Teilnehmer zu einem einstimmigen Konsens gezwungen sind. Vielmehr unterstützen wir die Einberufung eines parlamentarischen Konvents, der für Beiträge der Zivilgesellschaft offen ist, oder einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung, die auf der Grundlage eines Mandats einberufen wird, das vom Europäischen Parlament und von Vertretern der Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit mitbestimmt wird. Die endgültige Entscheidung sollte von der doppelten Mehrheit der EU-Bürgerinnen und Bürger durch ein EU-weites Referendum und eine verstärkte Mehrheit der Regierungen der Mitgliedstaaten getroffen werden.
39. Als Grüne unterstützen wir einen durch und durch föderalen Charakter der EU. Wir glauben, dass der Föderalismus der richtige Weg ist, um sicherzustellen, dass regionale und nationale Besonderheiten im allgemeinen Interesse der EU gleichberechtigt vertreten sind. Aus diesem Grund fordern wir ein parlamentarisches Zweikammersystem, in dem das Europäische Parlament, das die EU-Bürgerinnen und -Bürger als Ganzes vertritt und über transnationale Listen gewählt wird, neben einem europäischen Senat, der nationale und/oder regionale Interessen vertritt, Gesetze erlassen wird.



40. Die Brexit-Verhandlungen **sollten darauf abzielen, möglichst enge Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU aufrechtzuerhalten**. Darüber hinaus fordert die EGP alle EU-Institutionen auf, dafür zu sorgen, dass es nach den Brexit-Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nicht wieder zu einer „harten Grenze“ zwischen Nordirland und der Republik Irland kommt, und unterstützt erforderlichenfalls die Gewährung eines Sonderstatus von Nordirland innerhalb des Binnenmarktes. Im Vereinigten Königreich haben junge Menschen mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib in der EU gestimmt, und es gibt einen wachsenden Konsens unter den heutigen Jugendlichen in ganz Europa, dass die EU eine aktivere Rolle spielen sollte. Die EGP fordert die EU-Institutionen außerdem auf, Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, einschließlich Gegenseitigkeitsvereinbarungen, die die Mobilität junger britischer Bürger fördern.
41. Die Zukunft Europas muss nachhaltiger, demokratischer und geeinter sein, und die Grünen werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um dies bei den kommenden Wahlen 2019 zu erreichen.

/ Massgeblich ist die [englische Fassung](#)